

0385

An die

Vorsitzende des Hauptausschusses

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über

Senatskanzlei - G Sen -

Baumaßnahmen mit Gesamtkosten ab 100 Mio. Euro

51. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 12. Dezember 2019
- Drucksache Nr. 18/2400 (17 b) - Auflagenbeschlüsse 2020/2021

77. Sitzung des Hauptausschusses am 26. August 2020
Bericht SenUVK - V B - vom 23. Juni 2020, rote Nr. 2955

94. Sitzung des Hauptausschusses am 25. August 2021
Bericht SenUVK - V B - vom 17. Juni 2021, rote Nr. 2955 F

Kapitel 0740 - Tiefbau -
Titel 72211 - Neubau eines Straßentunnels von Reichpietschufer bis Heidestraße
einschließlich Straßenbrücke über den Landwehrkanal -

Ansatz 2021:	100.000,00 €
Ansatz 2022 (Entwurf):	100.000,00 €
Ansatz 2023 (Entwurf):	100.000,00 €
Ist 2021:	925.850,00 €
Verfügungsbeschränkungen:	0,00 €
Aktuelles Ist (Stand 16.05.2022):	0,00 €
Gesamtausgaben:	380.905.000,00 €

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„Bei Baumaßnahmen mit Gesamtkosten ab 100 Mio. Euro sind dem Hauptausschuss jährlich in einem Bericht zum 30. Juni die wesentlichen Risikofaktoren und die geeigneten sowie die in Angriff genommenen Maßnahmen zur Minimierung der Risiken darzustellen.“

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Hierzu wird berichtet:

Zu Titel 0740/72211:

1. Beschreibung der Infrastrukturmaßnahme

Die Baumaßnahme ist beendet.

Das Bauvorhaben befindet sich in der Schlussabrechnung. Hierfür sind noch geringfügige Leistungen, u. a. aus Ingenieurverträgen, zu erbringen.

Die Ansätze in den Haushaltsjahren 2022 / 2023 sind für die Ausfinanzierung von Restleistungen aus Altverträgen u. a. für den Digitalfunk für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) etc. vorgesehen.

2. Risikoanalyse und Risikominimierung

Da die Baumaßnahme im Wesentlichen beendet ist und nur Restzahlungen zur Schlussabrechnung von Altverträgen zu erwarten sind, besteht für die Baumaßnahme kein Risiko mehr.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 26. Mai 1994 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 26. Februar 2002 und vom 16. September 2010 über insgesamt 389.400.000 Euro liegen vor.

Die Baukosten verringern sich durch Einsparungen in der Bauausführung auf 380.905.000 Euro.

In Vertretung

Dr. Meike Niedbal

Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz